Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1.50 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 2.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 16 — Dienstag, den 20. Januar 1920 — 48. Jahrgang

Die Forderung der Kaiserauslieferung.

(W) Havas meldet: Der Generalsekretär der Friedenskonferenz übergab am 16. Januar dem Pariser Gesandten der Niederlande ein von Clemenceau unterzeichnetes Schreiben, in dem es u. a. heißt: Mit vorliegendem Schreiben an die Königlich Niederländische Regierung ratifizieren die Mächte den Text des Artikels 227 des laut beiliegender beglaubigter Kopie am 10. Januar in Kraft getretenen Friedensvertrages mit Deutschland. Sie teilen gleichzeitig mit, daß sie beschlossen haben, die Verfügungen dieses Artikels unverzüglich durchzuführen. Infolgedessen richten die Mächte an die Regierung der Niederlande das offizielle Ersuchen, ihnen den ehemaligen deutschen Kaiser Wilhelm von Hohenzollern zur Aburteilung auszuliefern. Die Mächte erinnern kurz an die durch so viele Verbrechen erfolgten Verletzungen der Neutralität Belgiens und Luxemburgs, an das barbarische unerbittliche System der Massendeportationen von Geiseln, die Entfernung junger Mädchen aus Lille, die ihren Familien entrissen und schutzlos einem schlimmen Zusammenleben beider Geschlechter überliefert wurden, an die systematische Verwüstung ausgedehnter Gebiete ohne militärische Notwendigkeit, die Durchführung des uneingeschränkten U-Bootskrieges, an das unmenschliche Verlassen der Opfer derselben auf hoher See, an das Verfahren gegen Nichtkämpfer, welche von den deutschen Behörden als gegen die Kriegsgesetze verstoßen anerkannt wurden. Für alle diese Taten reicht wenigstens die moralische Verantwortlichkeit bis zum obersten Führer hinauf, der dieselben ermöglichte, oder seine Befugnisse mißbrauchte, um die heiligsten Empfindungen des menschlichen Gewissens zu verletzen oder verletzen zu lassen. Indem die Mächte dieses Ersuchen an die niederländische Regierung richten, glauben sie, den besonderen Charakter des erwähnten Verfahrens hervorheben zu müssen. Sie haben die Pflicht, die Ausführung des Artikels 227 sicherzustellen, ohne sich dabei durch Argumente aufhalten zu lassen, weil es sich nicht nur um eine persönliche Anklage von gewöhnlichem juristischem Charakter, sondern auch um eine internationale Aktion handelt, welche durch das Volksgewissen gebieterisch gefordert wird. Die vorgesehenen Rechtsnormen bieten eine größere Garantie, als das bisher geltende Recht. Die holländische Regierung ist in hohem Maße daran interessiert, nicht den Anschein zu erwecken, als ob sie den Haupturheber beschütze, indem sie ihm Zuflucht auf ihrem Gebiet gewährte, sondern den Anschein, daß sie das Gericht, das von Millionen von Stimmen der Opfer verlangt wird, erleichtert.

Der Reichskanzler zur Auslieferungsfrage

Wie die „Vossische Zeitung" aus Rotterdam meldet, hat Reichskanzler Bauer in einer Unterredung mit dem Vertreter der United Preß geäußert, das deutsche Volk wolle die Urheber der Kriegsverbrechen zur Strafe ziehen, es weigere sich aber gegen die Auslieferung an Gerichte, die aus früheren Feinden zusammengesetzt sind. Die deutsche Regierung werde nach Empfang der Listen der Auszuliefernden allen in der Liste Aufgeführten mitteilen, daß ihre Auslieferung verlangt wird. Sie würden Gelegenheit haben, sich den ausländischen Gerichten freiwillig zu stellen. Auf eine Zwischenfrage sagte, wie die Vossische Ztg. weiter berichtet, der Reichskanzler, es könnte ein Bürgerkrieg entstehen, wenn einige Angeklagte gewaltsam ausgeliefert werden müßten. Er sei überzeugt, daß durch ein Abkommen über die Einsetzung unabhängiger Gerichtshöfe die deutsche Oeffentlichkeit beruhigt werden könne.

Finanzkontrolle über Deutschland.

Mit der Inkraftsetzung des Friedens haben auch die Bestimmungen über die Wirksamkeit der Wiedergutmachungs-Kommission Geltung erlangt, die, in dürren Worten gesagt, Deutschland unter Kuratel stellen. Uns wird mehr zugemutet, als vor 1914 den bankrotten Staaten Portugal, Serbien, Griechenland und Mexiko zugemutet worden ist. Die Sachlage ist, aus dem Staatsleben in eine Privatsache übertragen, so, daß der Gläubiger beständig hinter seinem Schuldner steht und aufpaßt, daß der letztere keinerlei Ausgaben macht, welche die Bezahlung der Schulden verzögern. Genau so ist das Verhältnis des Schuldners Deutschland zu seinen Gläubigern, den Ententestaaten. Wir zahlen nicht etwa dann erst nach Paris und London, wenn wir unsere heimischen Ausgaben gemacht haben, sondern die Abzahlung unserer Kriegsentschädigung an die Entente geht unseren eigenen Aufwendungen für Gehälter, Löhne, Heereszwecke, Eisenbahn, Post, Justiz, Schule usw. voran. Ja, noch mehr als das, wir haften mit unserem ganzen Besitz an beweglichem und unbeweglichem Vermögen, sowie allen Einnahmen aus Steuern, Zöllen, Eisenbahn, Post usw. für die pünktliche Abführung der einzelnen Kriegsentschädigungsraten. Wir können also nicht die Ausrede machen, wir haben kein Geld übrig, sondern wir müssen hergeben, was da ist, und was noch einkommt.

Wenn das Geld (Papiergeld wird nicht in Zahlung genommen, sondern die Beträge sind in Gold oder Goldeswert zu entrichten) oder sein Wert in reellen Fabrikaten oder Rohmaterialien zu den bestimmten Terminen auf dem Tisch liegt, so ist es gut. Ist die Summe nicht da, so kann, wie oben gesagt, die Entente nicht allein nehmen, was da ist, sondern auch zur größeren künftigen Pünktlichkeit die Ausgaben, die in Deutschland vom Reiche, wie von den Einzelstaaten, gemacht werden, nach ihrem Belieben herabsetzen und das so frei werdende Geld für sich beanspruchen. Findet sie die Gehälter der Reichs- und Staatsarbeiter und die Pensionen zu hoch und streicht daran einen Teil, so können wir gar nichts machen, sondern müssen uns fügen. Damit würden natürlich alle Gehälter und Löhne stürzen, denn wenn Reich und Staaten in ihren Ausgaben unterbunden sind, können sich auch die Städte und die privaten Arbeitgeber nicht mehr helfen. Leben wir zu üppig, so kann uns die Wiedergutmachungs-Kommission die Vergnügungslust durch Geldsperre austreiben. Wir haben zu zahlen und zu schweigen.

Ob wir nicht bloß die erste und zweite Rate, sondern auch dauernd bezahlen können, wird sich bald zeigen. Bei der Fortdauer der wilden Streiks und der Wucherpreise ist es ausgeschlossen, wenn die Arbeit und der Verkehr gestört werden, und die Einnahmen für die notwendigsten Lebens- und Tagesbedürfnisse wieder ausgegeben werden müssen, kann nichts zur Beschaffung der Goldzahlungen und anderer Werte an die Entente übrig bleiben. Dann packt eben die Kommission zu, und wir können sehen, wo wir bleiben! Die Hoffnung, daß England und Frankreich es nicht so schlimm machen, oder von Amerika daran gehindert werden würden, hält leider nicht stand. Amerika geht diese Kriegsentschädigung nichts an, es bekommt nichts davon, und eine Müde Frankreichs, Englands, Belgiens usw. von vornherein, ist deshalb ausgeschlossen, weil diese Staaten die von Deutschland zu zahlenden Beträge bereits in ihre künftigen Finanzpläne eingestellt haben. Was wir ihnen nicht zahlen, müssen Franzosen, Engländer usw. durch neue Steuern selbst aufbringen, und daß sie dazu keine Lust haben, ist natürlich.

Wir können uns an Tischen und Stühlen recht festhalten, damit wir nicht auf den Rücken fallen, denn es wird keinen kleinen Schreck geben, wenn uns die Gesamtsumme mitgeteilt wird, die wir zu bezahlen haben werden. Auch in dieser Beziehung sind uns die Hände gebunden. Wir haben uns durch Unterschrift des Vertrages vom 28. Juni 1919 verpflichtet, jede Schuldensumme unbesehen anzuerkennen, die uns von der Entente auferlegt wird. Und daß sie nicht klein sein wird, geht aus den Befugnissen der Wiedergutmachungs-Kommission hervor, die man sonst sich hätte sparen können. Bis es ausgeklopft ist, wie ein Mehlbeutel, steht das Deutsche Reich unter Kuratel.

Der Prozeß Erzberger—Helfferich.

Gestern vormittag begann vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin die Hauptverhandlung in dem Beleidigungsprozeß des Finanzministers Erzberger gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich. Der Prozeß wird mehrere Wochen dauern. Zur heutigen Verhandlung sind die beiden Hauptbeteiligten erschienen. Außerdem sind zahlreiche Zuschauer anwesend. Nach Feststellung der Personalien Helfferichs wurden zunächst die unter Anklage stehenden Artikel desselben verlesen, sowie das Vorwort Helfferichs zu der Broschüre „Fort mit Erzberger". Um 11½ Uhr war die Verlesung der Broschüre und der Kreuzzeitungsartikel, auf welche in der Anklage Bezug genommen wird, beendet. Heute vormittag soll mit der Vernehmung des Angeklagten begonnen werden. Der Vorsitzende beabsichtigt, wie er ausführte, den Angeklagten zunächst zu dem allgemeinen Teile der Beschuldigungen, die er gegen Erzberger erhoben hat, zu vernehmen; daran anschließend soll zunächst der Fall Thyssen verhandelt werden. Er hofft, daß der allgemeine Teil der Vernehmung und der Fall Thyssen bis Donnerstag erledigt werden kann. Der Vorsitzende betonte zum Schlusse der Sitzung, es sei wünschenswert, daß eine Reihe von Tatsachen, deren Erörterung nicht im Interesse des Reiches liege, in den Verhandlungen nicht zur Sprache komme.

Tagesereignisse.

— **(10 Millionen für die durch Hochwasser Geschädigten.)** Die Pressenotiz, die Reichsregierung habe 10 000 Mark für die durch Hochwasser Geschädigten gespendet, ist, wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, dahin richtigzustellen, daß die zur Verfügung gestellte Summe nicht 10 000 Mark, sondern 10 Millionen Mark beträgt.

— **Das neue französische Ministerium** ist gebildet: Ministerpräsident und Minister des Aeußeren ist Millerand.

— **(Das Flottenbauprogramm Frankreichs.)** Ein Ministerrat im Elysee in Paris hat den Finanzminister Klotz ermächtigt, den Haushaltsentwurf für 1920 in der Kammer einzubringen. Präsident Poincaree unterzeichnete einen Gesetzentwurf, nach dem der Bau von 5 Panzerschiffen des Typs Normandie eingestellt und 6 Aufklärungskreuzer für Geschwaderzwecke, gemäß dem Gesetz vom 30. 1. 1912, und 12 Torpedobootszerstörer für Aufklärungszwecke im Jahre 1920 auf Stapel gelegt werden.

— **Die Mandate der Abgeordneten der abgetretenen Gebiete** in der Nationalversammlung und in der Preußischen Landesversammlung sind durch den Eintritt des Friedenszustandes erloschen. Seit dem 10. Januar sind Danzig, Westpreußen, Posen keine Bestandteile des Reiches mehr. Die Vertreter der Abstimmungsgebiete bleiben bis auf weiteres noch Mitglieder der Parlamente. Ueber das Erlöschen der Mandate werden Regierungsverordnungen erlassen werden, die auch die Vertretung der Restbezirke von Polen und Westpreußen regeln werden. Es handelt sich etwa um 30 Abgeordnete.

— **(Niederholung der deutschen Flagge in Flensburg.)** Donnerstag mittag wurde die Marinestation Mürwik von den letzten deutschen Mannschaften geräumt. Das Torpedoboot „V. 116" war gekommen, sie zu holen. Unter der Kriegsflagge fand eine Abschiedsfeier statt. Die Offiziere, Beamten und Mannschaften der Marineschule, sowie die Mannschaften von „V. 116" standen in Paradestellung. Nach herzlichen Ansprachen des Marinegarnisonpfarrers Köhne und des letzten Direktors der Marineschule Korvettenkapitäns Lampe, die beide der Hoffnung Ausdruck verliehen, die deutsche Flagge bald wieder hier hissen zu können, wurde die Flagge feierlich eingeholt und unter brausendem Hurra der zahlreichen Zuschauer fuhr das Torpedoboot aus dem Hafen.

— **(Das deutsch-polnische Abkommen.)** Das polnische Pressebureau in Kopenhagen veröffentlicht das zwischen Deutschland und Polen in diesen Tagen in Paris abgeschlossene Abkommen. Danach verpflichtet sich Deutschland u. a., Polen die Beträge zurückzuzahlen, welche die polnischen Gemeindeverwaltungen auf Rechnung des preußischen Staates ausgezahlt haben, und an Polen unverzüglich soviel Eisenbahnmaterial zurückzugeben, als verhältnismäßig auf die abgetretenen Gebiete im Osten entfällt. Deutschland stimmte zu, sofort in Paris Verhandlungen einzuleiten über die Entfernung der deutschen Militär- und Zivilbehörden und die Auslieferung der Kirchenfonds, Archive und Kontrakte.

— **(Polnische Greueltaten.)** In Allenstein treffen zahlreiche Zivilisten aus Soldau, Neidenburg und Neustadt ein, die vor den polnischen Besatzungstruppen flüchten. Sie berichten von unglaublichen Greueltaten, die die Polen verüben, und erzählen, daß große Teile der deutschen Bevölkerung rücksichtslos vertrieben würden. Auch deutsches Militär trifft in Allenstein ein, dem die Polen sämtliche Ausrüstungsgegenstände mit Gewalt abgenommen haben.

— **(Abschaffung der Todesstrafe in Rußland?)** Einer Revaler Meldung zufolge teilte der Rätevertreter auf der Dorpater Konferenz im Auftrage Tschitscherins den Beschluß der Räteregierung mit, den Sieg über Koltschak und Denikin durch Abschaffung der Todesstrafe zu feiern.

— **(Volle Beschäftigung der Lodzer Textilindustrie.)** Wie aus Lodz gemeldet wird, arbeiten die dortigen Textilfabriken seit einigen Wochen voll. Die bekannte Fabrik der Firma Beyer beschäftigt zurzeit über 1000 Arbeiter und wird demnächst weitere 1000 einstellen. Die Firma hat in Amerika 80 000 Ballen Baumwolle angekauft, wovon die Hälfte bereits unterwegs ist. In mehreren Fabriken sind Doppelschichten eingeführt. Im allgemeinen fehlt es nicht an Rohstoffen, nur die Beschaffung der nötigen Kohlenmengen stößt auf Schwierigkeiten.

— **(Die englische Flotte im Schwarzen Meer.)** Aus Malta wird gemeldet, daß alle verfügbaren britischen Kriegsschiffe nach dem Schwarzen Meer abgefahren sind. Aus London wird berichtet, daß die Hospitalschiffe Befehl erhalten haben, nach dem Schwarzen Meer abzufahren.

— **(Lösung der Adriafrage.)** Reuter meldet aus London: Nach einer Meldung der „Daily Chronicle" aus Paris ist die adriatische Frage gelöst. Fiume bleibt italienisch, aber der Hafen wird internationalisiert und kommt unter die Verwaltung des Völkerbundes. Das Hinterland bleibt bei Südslawien, doch wird den Italienern die Benutzung der Eisenbahnen garantiert. Die ganze dalmatinische Küste außer Zara und einigen Inseln kommt an Südslawien. Das Los Albaniens ist noch nicht entschieden.

— **(Die Frage des wirtschaftlichen Anschlusses Luxemburgs.)** Im Vordergrunde des Interesses steht naturgemäß noch immer die Frage des wirtschaftlichen Anschlusses. Handel und Wandel leiden sehr schwer unter der Einwirkung dieser ungelösten Frage und täglich mehren sich die Stimmen aus der Handelswelt, welche auf eine beschleunigte Erledigung der Angelegenheit dringen. Frankreich hat trotz des ihm günstigen Ausganges des Referendums bisher seine Bedingungen für einen wirtschaftlichen Anschluß noch nicht mitgeteilt und Belgien verharrt in vorsichtiger Reserve, obschon seine Anhänger an Zahl zugenommen haben.

— **(Der neue Dreibund.)** Der Pariser „Intransigeant" meldet, daß man bis zum letzten Augenblick vergeblich auf die amerikanische Zustimmung zu dem Projekt einer Organisation einer interalliierten Militärdirektion gewartet habe. Angesichts des amerikanischen Schweigens über diesen Punkt haben nun Clemenceau, Nitti und Lloyd George am letzten Sonnabend beschlossen, daß England, Frankreich und Italien eine gemeinsame Militärorganisation schaffen werden, welche den Platz des bisherigen interalliierten Hauptquartiers einnehmen werde. — Einige Pariser Blätter glauben den Umstand besonders hervorheben zu müssen, daß bei der Zeremonie der Unterzeichnung kein amerikanischer Vertreter anwesend war, was dahin gedeutet wird, daß Europa sich jetzt völlig überlassen bleibe und Amerika nichts mehr von Europa wissen will.

— **(Schweden und die Völkerbundsfrage.)** Die Inkraftsetzung des Friedensvertrages, bei deren Besprechung die schwedische Presse durchweg stark die Notwendigkeit der Revision betont, hat Clemenceau Anlaß gegeben, die schwedische Regierung in einem besonderen Telegramm darauf hinzuweisen, daß Schweden nunmehr eingeladen sei, innerhalb zweier Wochen dem Völkerbunde beizutreten. Hier ist zwar die Neigung zum unmittelbaren Beitritt durch das vorläufige Fernbleiben Amerikas stark abgeschwächt, man kann aber annehmen, daß er trotzdem bald erfolgt. Es spielen dabei starke Rücksichten auf Frankreich mit, die sich teilweise auf dessen schwedenfreundliche Haltung in der Alandfrage erklären. Branting, der in außenpolitischen Fragen sehr einflußreich ist, rät übrigens im „Sozialdemokraten" dringend, daß Schweden auch einem Völkerbunde ohne Amerika beitreten soll.

— **(Löhne und Lebenshaltungspreise.)** Wie die „Deutsche Allg. Ztg." berichtet, hat vor kurzem unter dem Vorsitz des Staatssekretärs im Reichsarbeitsministerium eine Beratung über die Frage stattgefunden, ob durch zweckmäßigere Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungspreise in den Tarifverträgen eine Verringerung der Arbeitskämpfe erreicht werden könne. Im Laufe der Aussprache äußerten fast alle Redner ernste Bedenken gegen ein mechanisches Anpassen der Löhne an die Preise der Lebenshaltung, von der eine ständige Steigerung aller Preise zu befürchten sei. Dagegen wurde allgemein die große Bedeutung der vom Reichsarbeitsministerium veranlaßten Lebenshaltungs- und Lohnstatistik für eine angemessene Lohnbewegung und die Ausgestaltung der Tarifverträge anerkannt. Die Frage, wie die Ergebnisse dieser Statistik in der Praxis bei Tarifverträgen und Einigungsverhandlungen zweckmäßig zu verwerten seien, wird von der Zentralarbeitsgemeinschaft unter Beteiligung des Reichsarbeitsministers eingehend geprüft werden.

— **(Warnung des Reichspostministers.)** Der Reichspostminister erklärte in einer Unterredung mit Postbeamten, bis jetzt sei ein Fehlbetrag von 750 Millionen Mark, für das nächste Jahr ein solcher von 1250 Millionen Mk. in dem Haushalt der Postverwaltung festzustellen. Eine weitere Gebührenerhöhung sei unmöglich. Der Minister warnte vor Beamtenstreiks, weil die Beamten durch solche ihre Grundlage aufs Spiel setzten. Eine der nächsten Streikfolgen wäre überdies der Sturz der gegenwärtigen Regierung. Unter der dann folgenden radikalen Regierung würden die Beamten vollkommen erledigt sein.

— **(Eine neue Selbsttäuschung.)** In öffentlichen Reden deutscher Parlamentarier ist die Ansicht ausgesprochen, die Tatsache, daß Deutschland in der Sozialpolitik an der Spitze aller Nationen marschiere, würde dazu beitragen, uns im Ausland Freunde zu gewinnen. Leider erscheint diese Auffassung wenig begründet. In Frankreich ganz besonders, aber auch in England, Amerika und in anderen Staaten hält man heute infolge der übermäßigen Kriegslasten wenig von Sozialpolitik und hat wenig Lust, dem deutschen Beispiel zu folgen. Wir sind ja nicht einmal zu den ersten Sitzungen des Völkerbundes eingeladen. Wenn wir wegen unserer sozialpolitischen Verdienste so hoch eingeschätzt würden, wäre das ganz gewiß geschehen.

— **(Abg. Stresemann über das Programm der Deutschen Volkspartei.)** Der Reichsklub der Deutschen Volkspartei hat sich Sonntag in den Festräumen des Abgeordnetenhauses zu einer Gedenkfeier zur Gründung des Deutschen Reichs zusammengefunden. Die Festrede hielt der Rektor der Göttinger Universität, Professor Brandt. Während des Festessens sprach der Abgeordnete Stresemann über das Programm der Partei. Sie wolle die kommenden Geschlechter darin schulen, daß sie mit aller Entschlossenheit den Kampf aufnehme, um die durch den Friedensvertrag zerrissenen und zerfetzten alten Reichsgrenzen wieder herzustellen. Als wichtigste gegenwärtige Aufgabe bezeichnete der Vorsitzende des Reichsklubs die Wiederherstellung der Autorität, die Neubelebung der Arbeitslust und die sachliche unpolitische Behandlung aller Wirtschaftsfragen in „Kammern der Arbeit", die aus den Berufsorganisationen zusammenzusetzen seien.

Westfalen und Rheinland.

Der Führer der Deutschen demokratischen Partei in Dortmund.

Dortmund, 20. Jan. Im Fredenbaum-Saale sprach Sonntag nachmittag vor etwa 1500 Personen der Führer der Deutschen demokratischen Partei Senator Dr. Petersen-Hamburg über die „Aufgaben der Deutschen demokratischen Partei". Die Gerechtigkeit sei, so führte Redner aus, wenn alles wanke, der feste Boden der Regierungen. So habe sich die Gerechtigkeit, wie sie von der Demokratie vertreten werde, als staatserhaltend erwiesen und der Regierung die notwendige Stütze gewährt. Der einzige Weg, auf dem das deutsche Volk wieder emporkomme, sei der der Demokratie. An der demokratischen Ausgestaltung des Staates müsse festgehalten werden. Daran müßten sich alle Freunde der Ordnung und Sicherheit beteiligen. Nicht aber dürfe man, wie es die Deutsche Volkspartei wolle, anstelle der demokratischen Republik wieder die Monarchie zu setzen trachten. Nur auf der Grundlage des gleichen Rechts für alle Teile des Volkes, das auch die Pflicht, sich als Teil des Ganzen zu fühlen, in sich schließe, könne das sichere Fundament des neuen deutschen Staates errichtet werden. Wie von rechts, so solle auch von links das Recht in ein ungleiches verkehrt werden durch Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Die ausgleichende Demokratie wolle weder das Recht eines bestimmten Volksteils noch das die Volksrechte notwendigerweise beschneidende Recht einer bestimmten Person. Die Demokratie wolle alle deutschen Stämme zusammenfassen, Ruhe und Sicherheit nicht stören lassen, die auch nicht gestört wird, wenn 1 oder 2 Arbeiter in den Betriebsräten sitzen usw. Heute sei der Stimmzettel ein Anteilschein an der Macht und die Parteien seien die Bildner der Regierung, die Fundamente der Regierung. Wer zu einer Oppositionspartei gehe, schalte sich und seine Wünsche aus der Regierungsbildung aus. Nur die Parteien seien regierungsfähig, die mit der Sozialdemokratie, der stärksten Partei, eine Regierung bilden könnten. Wer heute zu 51 Prozent bei einer Partei sei, dürfe sich wegen der 49 Prozent Differenzen nicht von der Partei trennen, wenn er klug sein wolle. Daher sei es auch bedauerlich, daß s. Zt. die deutsche Volkspartei und die Deutsche demokratische Partei, deren Programme in den wesentlichsten Punkten übereinstimmten, sich nicht zu einer Partei zusammengefunden hätten, denn diese Partei wäre die große deutsche Einheitspartei geworden. Heute heiße es, entweder mit uns oder gegen uns. Die Zersplitterung in allerhand unmögliche Parteien könnten wir uns nicht mehr leisten. Künftig müßten die Hauptgesichtspunkte mehr hervorgekehrt werden, die Parteien dürften sich nicht an kleinen Tagesfragen zerfleischen. Verwerflich sei der Antisemitismus aus Ahlwardts Zeiten, zu verurteilen die Konstruktion National-Antinational. Es gelte, alle zusammenzuführen, um die Zukunft unseres Volkes sicher zu stellen, nicht aber die vergifteten Pfeile aus dem alten Köcher hervorzuholen. Die deutschen Demokraten ließen sich ebenso wenig im sozialen Fühlen und Wollen von den Sozialdemokraten und Kommunisten übertreffen, als in der nationalen Gesinnung von den Rechtsparteien. Das sozialistische Wirtschaftssystem, wie es im Erfurter Programm aufgebaut sei, habe Fiasko gemacht. Unter dem kapitalistischen System, das seine Stütze in der interessierten Persönlichkeit finde, sei weder die Arbeiterschaft, noch Handwerker, noch Bauer usw. verelendet, sondern vorwärts gekommen. In Zukunft müsse sich der Gedanke durchringen, daß man nicht für sich, sondern für die Allgemeinheit arbeite. Kein Arbeiter sei dafür zu haben, daß der faule Arbeiter ebenso gut bezahlt werde wie der fleißige und huldige so dem kapitalistischen Wirtschaftssystem in Reinkultur. Wir seien mit einem gesunden Egoismus geboren und arbeiteten, um uns und unsere Familien vorwärts zu bringen. Daher müßten wir die sozial ausgestaltete liberale Wirtschaftsordnung aufrecht erhalten. Eine Verelendung des Arbeiters trete nur bei einer Verelendung der Betriebe ein. Eine Klassenpartei könne Deutschland nicht führen, sondern nur eine Volkspartei. Sozialdemokratie und Zentrum seien Klassenparteien, die eine auf materialistischer, die andere auf konfessioneller Grundlage. Die Demokraten wollten alle aufnehmen, die gemeinschaftlich die deutschen Dinge ordnen wollen. Nur eine solche Partei könne Deutschland führen im Innern und nach außen. In letzter Beziehung gebe es für die Demokraten in erster Linie die deutsche Nation, als die sie an die internationalen Fragen herantreten. Die Demokraten seien bereit, die Menschen in ihren internationalen Beziehungen zu bessern, aber nur dann, wenn wir als deutsche Nation anerkannt und geachtet werden. Den Sozialdemokraten habe das „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" nichts geholfen. Das Zentrum habe durch den Papst den Frieden nicht herbeizuführen vermocht. Deshalb appelliert die Deutsche demokratische Partei an die demokratischen Ideen, an alle, die guten Sinnes sind auf der Welt. Sie steht auf dem Boden einer Politik, die national und sozial zugleich sei.

Der Redner, der übrigens infolge einer Panne auf der Fahrt von Hagen nach Dortmund die Versammlung etwa 1½ Stunden auf sein Erscheinen hatte warten lassen, fand stürmischen langen Beifall. Da der Saal bald zum Tanz gebraucht wurde, konnte nur eine kurze Aussprache stattfinden.

*

Brackel, 20. Jan. **Lebensmittelverteilung** in der Woche vom 18. bis 24. Januar: Auf Warenkarte A 565 125 Gr. Teigwaren, Graupen, Haferflocken oder Gerstenmehl; A 566 120 Gr. Oel (Preis für die Einheit 2,37 Mk.); A 567 125 Gr. Suppenmehl (16 Pfg.); A 568 125 Gr. Erbsen (90 Pfg.) Auf die Mehl-Einfuhrzusatzkarten Nr. 46 werden 125 Gr. amerikanisches Weizenmehl ausgegeben (28 Pfg.) Die Landwirte werden mit Rücksicht auf die bestehende Notlage dringend ersucht, ihre Ablieferungsschuldigkeit an Brotgetreide umgehend zu erfüllen. Verschiedentlich ist die Ansicht verbreitet, daß die durch Rundschreiben des Kreisausschusses mitgeteilte Ablieferungsschuldigkeit und die für Selbstversorgung usw. zustehende Menge gekürzt werden können. Diese Ansicht ist unzutreffend. Die vom Kreisausschuß mitgeteilten Zahlen sind diejenige Menge, die ohne jeden Abzug an den Kommissionär der Reichsgetreidestelle abgeliefert werden muß.

? **Altenberge**, 15. Jan. **Eine Mordtat** wurde hier vor einigen Abenden ausgeführt. Während die Familie Schröder friedlich in ihrer Wohnung saß, wurde von der Gartenseite her durch das Fenster auf die Frau geschossen. Die Kugel drang Frau Schröder durch den Kopf und verletzte sie tödlich. Die Verfolgung wurde von dem jungen Mann der Familie aufgenommen, doch hatte der Mörder mit dem inzwischen gestohlenen Pferde einen weiten Vorsprung gewonnen, wodurch ihm die Flucht erleichtert wurde. Des Nachts kam das Pferd zum Hofe zurückgelaufen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Herford, 15. Jan. **(„10 000 Kg. Aepfel.")** Durch die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei und hiesiger Abfertigungsbeamten wurde ein Doppelwaggon beschlagnahmt, der mit der Inhaltsangabe „10 000 Kg. Aepfel" von Holzhausen-Heddinghausen nach Dortmund abgelassen worden war. Die Ladung enthielt u. a. folgende Schieberwaren: ein ausgeschlachtetes Rind, 1 Sack mit Kalbfleisch gefüllt, 15 geräucherte Schinken, mehrere Zentner Mettwurst, etwa 2 Zentner frische Landbutter, ca. 30 Sack Mehl, Hülsenfrüchte, Hafer, 30 Zentner Kartoffeln, mehrere Kisten Eier usw. Unter Zugrundelegung von Durchschnittspreisen für derartige Schieberware repräsentieren die abgefangenen Lebensmittel einen Wert von mehr als 100 000 Mk.

(TU) **Essen**, 20. Jan. **(Auflösung der Hilfspolizei.)** Der militärische Oberbefehlshaber in Hamborn hat die dortige Hilfspolizei aufgelöst und ihre sofortige Entwaffnung, sowie die Festnahme ihres Führers, Polizeikommissar Weyard mit der Begründung angeordnet, daß die Hilfspolizei sich bei dem Aufruhr nicht nur untätig verhalten habe, sondern daß sich auch einige Mitglieder bei den Plünderungen als Anführer beteiligt hätten.

(W) **Barmen**, 20. Jan. **(Entdeckung einer Spartakistenverschwörung.)** In einer Wirtschaft in Wichlinghausen wurde eine geheime Spartakistenversammlung von der Kriminalpolizei aufgehoben. Es wurden 20 Männer und 5 Frauen verhaftet. Unter den Verhafteten befanden sich Personen aus Düsseldorf, Essen, Hamburg usw. Das im Sitzungslokal beschlagnahmte Material gab Anhaltspunkte für Vorbereitung des Sturzes der bestehenden Regierung. Vier der Festgenommenen, gegen die genügendes Beweismaterial nicht vorlag, wurden wieder entlassen. Eine weitere Untersuchung ist eingeleitet.

Düsseldorf, 19. Jan. **(Opfer des Hochwassers.)** In dem benachbarten Benrath wurden durch das Hochwasser zwei Leichen und ein Pferdekadaver angetrieben. Die beiden Leute und das Pferd waren anscheinend von den Fluten überrascht worden.

Beschlüsse des Allgemeinen Knappschaftsvereins.

Aus der letzten Sitzung des Vorstandes des Allgemeinen Knappschafts-Vereins ist folgendes zu berichten: Der Vorstand genehmigte den Wirtschaftsplan für 1920 und nahm eine Gehaltsregelung der Beamten vor, die sich anlehnt an die der städtischen Beamten. Er stimmte dem vorgelegten Nachtrag zum Aerztevertrag zu, durch den die Vergütung der Aerzte erhöht und eine Verkleinerung der Bezirke vorgesehen wird, damit es den Mitgliedern möglich ist, unter mehreren Aerzten zu wählen. Der Jahresbeitrag für den Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrkohlengebiet wird auf 40 000 Mark erhöht, weil dieser Verein seine Arbeitstätigkeit erweitern, im besonderen die Arbeiten zur Bekämpfung der Wurmkrankheiten fortführen und Untersuchungen allgemeiner Art über die Gesundheitsverhältnisse der Bergleute anstellen wird. Der Wiedereintritt in die Krankenversicherung der nach Ueberschreitung der Verdienstgrenze von 5000 Mark ausgeschiedenen Werksbeamten wird nicht für zulässig gehalten, da nach der Verordnung vom 22. 11. 18 ausdrücklich unter den ehemaligen Krankenkassenmitgliedern, die während des Krieges aus der Krankenkasse ausgeschieden sind und nur innerhalb der ersten 6 Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung zum Wiedereintritt in die Krankenversicherung berechtigt sein sollen, auch die ehemaligen Mitglieder der knappschaftlichen Krankenkassen aufgeführt sind. Es wird entschieden, daß ehemalige russische Kriegsgefangene, die noch nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten, und auf den Zechen beschäftigt werden, versicherungspflichtig zur Kranken- und zur Invalidenversicherung sind und damit auch zur Pensionsversicherung, die nach dem Knappschaftsgesetz mit der Krankenversicherung zwangsläufig verbunden ist, weil die Versicherungspflicht nach der Reichsversicherungsordnung ein auf freiem wirtschaftlichen Austausch von Arbeit und Lohn beruhendes Arbeitsverhältnis voraussetzt und ein solches hier besteht. In Zukunft soll ein Bescheid über die Aufnahme in die Pensionskasse nur in solchen Fällen erteilt werden, in denen er verlangt wird, da nach dem Knappschaftsgesetz ohne weiteres die zur Mitgliedschaft in der Krankenkasse verpflichteten Personen auch der Pensionskasse angehören, sofern sie den in der Satzung hinsichtlich des Lebensalters und der Gesundheit aufgestellten Erfordernissen entsprechen, zumal die Mitglieder auch durch Abhaltung der Beiträge durch das Lohnbuch unterrichtet werden.

Morphium im Kognak.

Das Verbrechen auf dem Gendarmenmarkt, dem, wie bereits berichtet, der Kaufmann Hans Gamelin aus der Mitterstraße 57 in Berlin zum Opfer gefallen ist, stellt sich als ein planmäßiger Raubmordversuch dar. Mitte vorigen Monats machte ein „Westfälisches Lebensmittelversorgungsgeschäft" durch Anzeigen bekannt, daß es gegen hohen Verdienst einen Vertreter suche. Darauf meldete sich auch Gamelin. Nach einigen Tagen erschien bei ihm in der Wohnung der angebliche Besitzer des Geschäfts, der sich als Bruno Wollermann aus Dortmund vorstellte. Er einigte sich mit Gamelin, daß dieser gegen eine Vergütung von 5 Prozent des Umsatzes die Vertretung übernehme. Im Auftrage Wollermanns erließ nun Gamelin Anzeigen in den Zeitungen, und erhielt daraufhin nicht nur Bestellungen, sondern auch bereits Zahlungen in Höhe von 70 000 Mark. Vor acht Tagen kam nun Wollermann wieder nach Berlin und besuchte Gamelin in der Wohnung, um abzurechnen. Gamelin erklärte jedoch, er werde das Geld erst auszahlen, wenn er sich in Dortmund selbst von dem Vorhandensein der Waren überzeugt habe. Wollermann gab sich damit zufrieden und kam wieder zu Gamelin, um ihn zu der Fahrt nach Dortmund abzuholen. Gamelin steckte mit einigen Wäschestücken auch die 70 000 Mark in Tausend- und Hundertmarkscheinen in seinen kleinen ledernen Handkoffer und nahm in seiner Brieftasche noch gegen 300 bis 400 Mark mit. Auf dem Wege nach dem Bahnhof bot Wollermann seinem Vertreter auf dem Gendarmenmarkt in der Nähe der Taubenstraße aus einer kleinen Flasche einen Kognak an. Gamelin nahm ahnungslos einen Schluck. Schon nach [illegible] wohl, daß er sich auf eine Bank setzen mußte. Wollermann setzte sich neben ihn. Bald schwand Gamelin die Besinnung, und erst auf der Rettungswache in der Kronenstraße kam er wieder zu sich. Unterdessen war Wollermann mit der Handtasche, in der sich die 70 000 Mark befanden, der Brieftasche und der goldenen Uhr Gamelins verschwunden. Der Arzt stellte fest, daß der Kognak eine starke Dosis Morphium enthalten hatte. Sie genügte, einen Menschen zu töten. Gamelin wurde nur dadurch gerettet, daß er eines Leidens wegen öfter Morphiuminjektionen erhalten und sich so an Morphium gewöhnt hatte. Er hat auf die Wiederbeschaffung des geraubten Geldes eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Weitere Nachrichten.

— **(Verhaftung radikaler Führer.)** Gestern wurden außer Däumig weitere 11 radikale Führer verhaftet, darunter Maltzahn von der Zentrale der sozialistischen Betriebsräte, einer Bezeichnung, die sich der bekannte rote Vollzugsrat beilegt. Die bisherige Untersuchung über die jüngsten Putschversuche hat, wie der Berl. L.-A. meldet, das Bestehen eines kommunistischen Aktionskomitees ergeben, das verhetzend vorgeht. So wird z. Zt. ein kommunistisches Blatt „Der revolutionäre Arbeiter" in Berlin verbreitet, als dessen Herausgeber das geheime kommunistische Komitee bezeichnet wird. Dieses veröffentlicht in seiner Nr. 13 einen Aufruf, der dazu auffordert, den Brandherd der proletarischen Revolution immer mehr zu schüren.

— **(Neue Zeitungsverbote.)** Wie aus Halle gemeldet wird, wurden die Zeitungen der Unabhängigen, das „Volksblatt" in Halle und der „Volksbote" in Zeitz wegen fortgesetzter Hetzartikel, welche die Achtung vor dem Gesetz und den öffentlichen Frieden bedrohen, verboten.

— **(Wo unser Gold- und Silbergeld bleibt.)** Im Nachtschnellzuge Frankfurt bei M.-Metz machten einige Reisende durch ihre vielen schweren Koffer Aufsehen. Auf Bahnhof Kreuznach untersuchte die französische Wache sie und beschlagnahmte etwa vier Zentner deutsches Gold- und Silbergeld. Die inzwischen benachrichtigten Zollbeamten in Türksmühle entdeckten dann weiter fünf Zentner Gold- und Silbergelder, zum Teil eingeschmolzen. Sieben polnische Staatsangehörige mit Fahrkarten nach Neunkirchen wurden verhaftet.

— **Neue Geschoßdiebstähle.** Die Vossische Zeitung und der Berl. Lok.-Anz. berichten, daß ähnliche Diebstähle, wie auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog und auf dem Schießplatz Tegel auch auf dem Döberitzer Platz vorkamen. Scharen von Kugelsuchern holten täglich, teilweise mit Wagen, das wertvolle Geschoßmaterial und veräußerten es an die wartenden Händler, wobei sie oft Tageseinnahmen von 200 Mark und darüber erzielten. Erst jetzt seien militärischerseits Bestimmungen getroffen worden durch schärfere Ueberwachung die auf dem Platze lagernden Materialsprengstücke vor unbefugten Zugriffen zu schützen.

— **Die Pest in Argentinien.** Nach einer Meldung aus Buenos Aires ist an verschiedenen Stellen Argentiniens die Pest ausgebrochen. Es sind bereits zahlreiche Todesfälle vorgekommen. Die Regierung hat die schärfsten Maßnahmen zur Unterdrückung der Epidemie angeordnet.

— **Ein Passagierdampfer in Flammen.** Eine in Halifax aufgefangene drahtlose Mitteilung besagt, daß auf dem Transportdampfer „Powhatan" auf 51 Grad nördlicher Breite und 25 Grad westlicher Länge eine Feuersbrunst ausgebrochen ist. Das eingedrungene Wasser steigt über die Pumpen und hat diese unbrauchbar gemacht. Das Schiff bittet um Hilfe. Die Cedric meldet, daß sie hoffe, in den frühen Abendstunden an Ort und Stelle einzutreffen. An Bord der „Powhatan" befinden sich 500 Passagiere. Ein weiteres Telegramm der „Cedric" besagt, daß sie die Passagiere an Bord nehme, falls das Wetter es erlaube.

Kleine Nachrichten.

Die „Morningpost" teilt mit, daß sich der Exkaiser in einem Brief an den Fürsten von Fürstenberg bitter über die Veröffentlichung seiner Korrespondenz mit dem Zaren beklagt habe. Er beabsichtigt, durch seinen Adjutanten öffentlich gegen diese ungesetzliche Handlungsweise zu protestieren.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet hat der demokratische Abgeordnete Wieland es abgelehnt, den Posten des Reichsschatzministers zu übernehmen.

Das stolze Schweigen

Roman von H. Courths-Mahler.

72. Fortsetzung.

Am Vormittag des ersten Mai betraten Hans von Rainsberg und der sehr aufgeregte Professor Schwarzenburg das Büro Mr. Sunds in Berlin, in dem er geschäftliche Besuche zu empfangen pflegte.

Mr. Sund und sein Schwiegersohn erwarteten die beiden Herren. Mit scharfem Blick hatte Mr. Sund bei Hans von Rainsbergs Vortrag erkannt, daß diese Erfindung, richtig ausgenutzt, ein kolossales Geschäft zu werden versprach. Und so etwas ließ er sich nicht entgehen.

Nachdem er während seiner Unterredung mit Hans erkannt hatte, daß dieser sich keinen Vorteil aus der Hand gehen ließ und genau wußte, was er wollte, hatte er dem jungen Mann sein Interesse im verstärkten Maße zugewandt. Tüchtigkeit imponierte Mr. Sund immer, wo er sie fand. Und nun hatte er sich bei dieser Angelegenheit nicht nur mit seinem Kopf und seinem Geldbeutel engagiert, sondern auch gewissermaßen mit dem Herzen, wenn man in geschäftlichen Dingen davon sprechen kann. Außerdem hatte sich Hans mit Rolf von Limbach auf dem Dampfer sehr angefreundet. Die beiden jungen Männer hatten Gefallen aneinander gefunden. Nun wurden also die beiden Herren von Mr. Sund und Rolf von Limbach sehr erfreut begrüßt.

Der Professor war freilich sehr unsicher und unbeholfen, ein echter deutscher Gelehrter, ohne jeden Geschäftssinn. Ohne seinen tüchtigen Assistenten hätte er sich wohl bei dieser Verhandlung hilflos in sein Schicksal ergeben müssen.

Er staunte über die Sicherheit des jungen Mannes und beschränkte sich darauf, alles gut zu heißen, was dieser vorbrachte. Und so wickelten sich die geschäftlichen Verhandlungen glatt ab. Mr. Sund wollte in seinen deutschen und amerikanischen Fabriken die Erfindung zu gleicher Zeit ausbeuten und mit seinem Kapital, seinen Erfahrungen und seiner Sachkenntnis dafür eintreten. Und während er in Amerika alles Nötige in die Wege leitete, sollte es sein Schwiegersohn in Deutschland tun. Dieser sollte sich auch mit dem Kapital daran beteiligen, das Mr. Sund seiner Tochter als Mitgift gab, denn er hielt es für eine vorzügliche Kapitalanlage. Dem guten Professor schwindelte der Kopf ein wenig beim Anhören all der Zahlen und er mußte sich verschiedene Male den Schweiß von der Stirn wischen. Mit einem Schlage entrollte sich vor seinem Auge die Gewißheit, daß er ein reicher Mann werden würde, der seinen Kindern eines Tages ein beträchtliches Vermögen hinterlassen konnte.

Er wurde einmal blaß und einmal rot und wunderte sich immer wieder über die Seelenruhe seines Assistenten und über dessen klare, bestimmte Ausdrucksweise.

Natürlich wurde an diesem Tage der gegenseitige Vertrag erst einmal in groben Umrissen aufgenommen und die Beziehungen festgestellt.

Hans und der Professor mußten mindestens acht Tage in Berlin bleiben, bis alles geordnet war. Und als sich die beiden Herren für heute verabschieden wollten, sagte Mr. Sund:

„Wenn Sie nichts Besseres vorhaben, meine Herren, dann erweisen Sie mir morgen Mittag die Ehre, in meinem Hause zu speisen. Und übermorgen findet die Verlobungsfeier meiner Tochter mit Herrn von Limbach statt. Sie würden uns erfreuen, wollten Sie teilnehmen. Ich denke, da wir jetzt in so nahe geschäftliche Beziehungen treten, dürften wir uns auch gesellschaftlich etwas näher kommen."

Rolf von Limbach unterstützte die Bitte seines Schwiegervaters und Hans und der Professor nahmen die Einladung gern und freudig an, da man Gefallen aneinander gefunden hatte.

Keine Ahnung kam Hans, daß er Ruth in Villa Sund finden würde. Sonst hätte er sicher abgelehnt.

Am nächsten Tage zur festgesetzten Stunde fuhren Hans und der Professor vor der Villa Sund vor.

Sie hatten sich ein Auto gemietet, worüber sich der Professor schon beinahe wie ein Verschwender vorkam. Er war überhaupt noch nicht wieder ganz normal.

Außer den beiden Herren waren heute keine Gäste geladen. Mr. Sund wollte die beiden Erfinder nur mit seiner Familie bekannt machen.

Ruth hatte ebenfalls keine Ahnung, was für eine Begegnung ihr bevorstand. Mr. Sund hatte nur davon gesprochen, daß zwei Geschäftsfreunde zu Tisch kommen würden, und daß diese auch der Verlobungsfeier beiwohnen würden. Es war nichts Außergewöhnliches, daß Mr. Sund auf diese Weise Gäste ins Haus brachte und man war immer darauf vorbereitet.

Als die beiden Herren das große Vestibül betraten, wurden ihnen von einem Diener die Ueberkleider abgenommen, und dann wurden sie in einen eleganten Empfangsraum geführt.

Dort empfing sie zunächst Mr. Sund mit seiner Schwester. Tante Nell trug wie gewöhnlich eines ihrer eigenartigen, bequemen Seidengewänder und begrüßte die Herren in ihrer phlegmatisch behäbigen Art, ohne viel Worte aber doch so freundlich, daß sie sich willkommen fühlen mußten.

Gleich darauf trat auch Rolf von Limbach ein und begrüßte sie:

„Wo ist Grace?" fragte Mr. Sund seinen Schwiegersohn.

„Sie wird sogleich mit Fräulein Ruth hier sein."

Hans hörte wohl den Namen Ruth und lauschte darauf, wie auf einen vertrauten Klang. Aber keine Ahnung kam ihm, daß er sogleich Ruth von Gosseck sehen würde.

Als gleich darauf die beiden jungen Damen eintraten, stand Hans gerade, in eine Unterhaltung mit Tante Nell vertieft, mit dem Rücken nach der Tür. Er blickte erst auf, als Rolf von Limbach zu ihm sagte:

„Darf ich bitten, Herr Doktor! Liebe Grace — dies ist Doktor von Rainsberg — Miß Grace Sund, meine Braut."

Hans verneigte sich artig vor Grace und sie reichte ihm ohne Umstände die Hand zum Gruß.

„Willkommen, Herr Doktor. Mein Verlobter hat mich erzählt, daß Sie sind eine berühmte Erfinder."

„O nein, ein noch sehr unberühmter, mein gnädiges Fräulein", erwiderte Hans.

Nun wandte sich Grace nach Ruth um, die hinter ihr stand, und die beim Nennen von Hans von Rainsbergs Namen zusammengezuckt war.

Im nächsten Moment standen sich die beiden jungen Menschen fassungslos gegenüber und sahen sich mit großen Augen in die blassen Gesichter.

Niemand achtete momentan auf sie, als Miß Grace, deren hellen, scharfen Augen dies gegenseitige Erschrecken nicht entging. Sie merkte sogleich, daß diese beiden Menschen sich heute nicht zum ersten Male sahen und sich ganz gewiß nicht gleichgültig gegenüberstanden.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen u. Rheinland.

Kamen, 20. Jan. **(Verschiedenes.)** In der Zeit vom 28. bis 31. Dezember 1919 sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 5 (3 Fröndenberg, je 1 Kamen, Pelkum), Scharlach 3 (2 Unna, 1 Altenbögge); Todesfälle durch Tuberkulose 1 (Obermassen). — Im ganzen Reg.-Bez. Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 66 (4), Genickstarre 1 (1), Kindbettfieber 8 (3), Körnerkrankheit 4, Tuberkulose (58), Pocken 6 (2), Scharlach 85 (5), Unterleibstyphus 24, Paratyphus 1, Schälblasen (2).

(Die deutsche Valuta.) Es waren zu zahlen:

für:		am 9. Dez.	am 17. Jan.	vor dem Kriege ca.
Holland	100 Fl.	1100 Mk.	1190 Mk.	168 Mk.
Schweden	100 Kr.	1080 „	1160 „	112 „
Norwegen	150 Kr.	1040 „	1080 „	112 „
Schweiz	100 Fr.	1020 „	1006 „	80 „

Die Not der heimgekehrten Auslanddeutschen, die, oft nach jahrelanger Internierung, beraubt um Existenz und Beruf, in großen Scharen bei uns eingetroffen sind (allein aus Rußland 3 Millionen), hat mit Einwilligung des Staatskommissars für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege zur Bildung eines Hilfswerks unter der Bezeichnung „Rückwandererhilfe" geführt, das sich mit einem von Führern aller Parteien unterzeichneten Aufruf an die Oeffentlichkeit wendet. Es hieße den Ernst der Zeit verkennen, wollte man noch Zweifel über die Unentbehrlichkeit der durch Erfahrung und Tatkraft bewährten Auslanddeutschen beim Werk unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues in der Welt hegen, und in der Tat dringt denn auch die Erkenntnis in immer weitere Kreise, daß wir uns selbst den größten Gefallen tun, wenn wir unsere heimgekehrten Rückwanderer vor dem wirtschaftlichen Untergang bewahren und ihnen die Möglichkeit bieten, als Bahnbrecher deutschen Wesens und Fleißes erneut in die Ferne zu ziehen, sobald die Verhältnisse dies erlauben. Es sollte sich deshalb jeder zur Pflicht machen, das Werk der Rückwandererhilfe durch seinen Beitrag zu unterstützen. — Der hiesige Vaterländische Frauenverein wird in nächster Zeit eine Sammlung zu diesem Zweck vornehmen.

(Das erste Frühlingszeichen.) Sankt Fabian (20. Januar) läßt den Saft in die Bäume gehn. Damit macht sich der neue Lenz in seinen allerersten Merkmalen bemerkbar. Auch die neuen Triebe in der Erde fangen an, sich leise zu rühren. 1917 blühten schon Ende Januar die Schneeglöckchen. Dies Jahr wird es wohl einige Wochen länger dauern, aber auch damit wollen wir zufrieden sein.

Der Deutsche Offizierbund ist wieder in der Lage, eine Anzahl Kinder kostenlos zum Aufenthalt ins neutrale Ausland (Holland und Dänemark) zu entsenden. In Betracht kommen erholungsbedürftige, doch nicht kranke Waisen gefallener Offiziere im Alter von 8—14 Jahre. Es stehen 10 Plätze zur Verfügung, von denen etwa ein Drittel auf Knaben und zwei Drittel auf Mädchen entfallen. Gesuche um Teilnahme sind persönlich anzubringen auf der Geschäftsstelle des Deutschen Offizierbundes, Dortmund, Betenstraße 10/12, 2. Etg.

(Verkehr nach dem neuen Saarstaat.) Die Bestimmungen liegen auf der Geschäftsstelle der Handelskammer zur Einsicht auf.

(Diebstähle.) In der Nacht zum 16. d. M. wurde dem Landwirt Bromberg, Nordenmauer, ein einjähriger Bulle von Dieben aus dem Stalle geholt. — In der Nacht vom 18. Januar wurde die Stallung des Bergmanns Ernst Desinger erbrochen und 7 Kaninchen entwendet. Die Täter, welche aus Bergkamen stammen, wurden aber gefaßt. — Gestohlen wurde der Witwe Schmalenbeck, Lünenerstraße, in der Nacht von Samstag auf Sonntag ein Schwein im Gewicht von ca. 50 Pfd. Schlachtgewicht. Auch ein Huhn hießen die Täter mitgehen. Beide Tiere wurden an Ort und Stelle abgeschlachtet. Der Diebstahl wurde kurz nach der Tat bemerkt, jedoch waren die Täter nicht mehr zu fassen. — Im Anschluß hieran wird uns mitgeteilt, daß die Bewohner der unteren Lünenerstraße mit Rücksicht auf die wiederholt vorgekommenen Diebstähle eine freiwillige Wache eingerichtet haben, welche die Bewachung des Häuserblocks von der Wirtschaft Blome bis Menze vornimmt. Die Wache hat bereits am Sonntag ihre Tätigkeit aufgenommen. Es gehen stets 3 Mann Patrouille, worauf die Bewohner des vorgenannten Bezirks besonders hingewiesen werden. Sollten sich noch einzelne der Wache noch nicht angeschlossene Bewohner für die Sache interessieren, so wollen sich diese in der am Mittwoch abend 9 Uhr in der Wirtschaft Menze nochmals stattfindenden Besprechung melden.

Holzwickede, 19. Jan. **(Tabakdieb verurteilt.)** Auf dem Bahnhof Holzwickede stahl der noch unbestrafte Arbeiter Franz Kunath aus Kloster Mansfeld aus einem Güterwagen 200 Pakete Tabak und verkaufte sie für 390 Mark in Dortmund. Kunath war aus russischer Gefangenschaft gekommen, hatte sich glücklich bis Holzwickede durchgeschlagen, um im Industriegebiet Arbeit zu suchen. Ohne Obdach folgte er der Aufforderung eines Gefährten, in einem Eisenbahnwagen zu schlafen. So fand er die Gelegenheit, die ihn zum Diebe machte. — Das Gericht bestrafte ihn mit 4 Monaten Gefängnis.

Dortmund, 20. Jan. **(Ein Feuergefecht zwischen Räubern und Eisenbahnpersonal.)** In der Nacht vom Sonntag zum Montag gegen ½2 Uhr wurde gemeldet, daß auf der Strecke nach Dortmund in der Nähe des Blocks Friedrich Wilhelm mehrere Ballen Tabak gefunden worden seien. Die Station Dortmunderfeld wurde benachrichtigt, um die Ballen mittels einer Maschine abholen zu lassen. Beim Aufladen der Ballen wurde auf die Mannschaften aus der Dunkelheit geschossen. Die Maschine mußte zurückfahren und Verstärkung holen. Beim Erscheinen des Fahrpersonals an der Fundstelle ist wiederum geschossen worden. Die Mannschaften der Maschine haben das Feuer erwidert, worauf eine regelrechte Schießerei zwischen den Spitzbuben und dem Personal stattgefunden haben soll. Näheres über die Angelegenheit ist nicht bekannt.

Dortmund, 19. Jan. **Einbrecher** wurden in der Nacht von Freitag zu Samstag von Polizeibeamten in dem Hause Sedanstraße 2, in welchem sich ein Kolonialwarenlager der Firma Schönfeld befindet, beobachtet. Die Beamten drangen in den Flur ein und gewahrten im Schein ihrer Taschenlampen drei Männer. Auf ihre Aufforderung „Hände hoch!" wurde sofort auf diese geschossen. Die Beamten machten nun ebenfalls von ihrer Schußwaffe Gebrauch. Einer der Männer stürzte darauf auf die Straße, wo er zunächst auf dem Bürgersteig liegen blieb, dort liegend schoß er verschiedene Male auf die Beamten. Derselbe Mann sprang dann auf und lief davon, er wurde in einem Hause in der Kesselstraße festgenommen. Er hatte im Hausflur einen Schuß bekommen. Bei dem Verletzten wurde eine Mauserpistole nebst zwei Patronenrahmen vorgefunden. Die Rahmen hatte der Einbrecher zum Teil leergeschossen. — Die „Westf. Allg. Volksztg." schreibt: Vor einigen Tagen schickte der Amalienstraße 11 wohnende Kürschnermeister Heinrich Grafenkamp seinen 18jährigen Sohn kurze Zeit vor Geschäftsschluß mit einem Posten reparaturbedürftiger Regenschirme nach einer Werkstatt in der Münsterstraße. Etwa um die Zeit, zu der er seinen Sohn zurückerwarten konnte, betrat ein fremder Mann seinen Laden, um ihm zu sagen, daß auf den zur Haustür führenden Stufen ein Toter liege. Während der Ueberbringer der Hiobsbotschaft sich schnell entfernte, eilte Grafenkamp auf die Straße und fand an der bezeichneten Stelle seinen Sohn besinnungslos liegend, Schuhe, Strümpfe und Rock waren dem jungen Manne ausgezogen und geraubt worden. In den Mund war als Knebel ein Taschentuch tief hinabgestoßen worden; der Mund war außerdem mit dem Schlips des Bewußtlosen fest zugebunden. Es hat mehrere Tage gedauert, bis der junge Mann wieder soweit seiner Gedanken fähig war, daß er erzählen konnte was mit ihm vorgegangen. Danach hat er auf dem Heimwege wohl bemerkt, daß vom Burgtor aus ein etwa 30jähriger Mann gefolgt sei, aber dem keine Bedeutung beigemessen. In dem Augenblick, da er die Stufen zur Haustür betreten wollte, hat er einen Schlag ins Genick bekommen und ist sofort besinnungslos zu Boden gefallen. Was dann weiter mit ihm geschehen ist, weiß der noch heute krank zu Bett liegende junge Mann nicht. Die Vermutung liegt nahe, daß der Mann, der dem Kürschner Grafenkamp die Botschaft überbrachte, identisch mit dem Räuber ist.

Bochum, 19. Jan. **(Mörderin und Anstifter zum Tode verurteilt.)** Unter der Anklage des Mordes standen vor dem Schwurgericht in Bochum die 40jährige Witwe des Zechenschmiedes Anton Lapczynski und der Bergmann Franz Kempinski, beide von Henrichenburg. In der Nacht zum 31. Januar wurde der Ehemann der Angeklagten Lapczynski im Hofe seines Gehöftes angeschossen. An den Folgen des Schusses starb er nach zwei Tagen im Krankenhause. Nach den Angaben der Ehefrau Lapczynski und ihres Kostgängers Kempinski sollten Einbrecher in der Dunkelheit auf Lapczynski angelegt haben. 7 Monate später traten Verdachtsmomente auf, nach denen Lapczynski ermordet sein mußte. Im August vorigen Jahres erfolgte die Verhaftung der beiden Angeklagten. Sie leugneten hartnäckig, bis Frau Lapczynski, von Gewissensbissen gepeinigt, am 18. Dezember ein umfassendes Geständnis ablegte, das sie in der jetzigen Hauptverhandlung wiederholte. Danach ist sie der Verführung des Mitangeklagten Kempinski zum Opfer gefallen. Als am Abend des 31. Januar Lapczynski angetrunken heimkehrte, wurde er unter falschen Angaben aus dem Hause gelockt. Auf kaum 2 Meter Entfernung wurde er von der eigenen Ehefrau niedergeknallt. Das Schwurgericht verurteilte die Frau Lapczynski sowie den Angeklagten Kempinski zum Tode.

Stand der Aussichten der Brotgetreideversorgung.

Die Mitteilungen aus dem Reichswirtschaftsministerium schreiben: Die Lage der Brotgetreideversorgung im gegenwärtigen Augenblick ist keine befriedigende. Gleichwohl wäre es falsch, von einer binnen kurzem bevorstehenden Katastrophe, d. h. von einem Zusammenbruch der Brotversorgung, zu sprechen.

Noch kein Jahr seit Einführung der öffentlichen Getreidewirtschaft ist ohne Krisen vorübergegangen. Ja die Krisen haben sich mehr oder weniger in jedem Jahre annähernd zur selben Zeit eingestellt, und so hat auch die Reichsgetreidestelle vorausgesehen, daß die Versorgungslage Ende Dezember bis Anfang Januar sich kritisch gestalten würde. Solche Krisen waren fast regelmäßig zu verzeichnen, einmal zur Zeit des Uebergangs von der alten zur neuen Ernte, zweitens nach der Herbstbestellung und drittens nach der Frühjahrsbestellung.

Im laufenden Wirtschaftsjahr gestaltete sich die Krisis zum erstgenannten Zeitpunkt besonders bedrohlich, weil die auf den Frühdrusch gesetzten Hoffnungen enttäuschten, sowohl wegen der eingetretenen starken Verspätung der Körnerernte, als auch wegen des Fehlens von Frühdruschprämien, deren Gewährung in diesem Jahre der zuständige Ausschuß der Nationalversammlung abgelehnt hatte. Durch die nachträgliche Einführung besonderer Lieferungszuschläge vom 1. September bis zum 15. Oktober v. J. gelang es aber dann doch noch, ohne allzu große Stockungen die gefährliche Situation zu überwinden.

Trotz aller ungünstigen Voraussagungen taten die Lieferungszuschläge ihre volle Wirkung. Während der Dauer ihrer Gewährung stiegen die täglichen Ablieferungen stark, und die Gesamtablieferungen gingen wesentlich über die während der gleichen Zeit des Vorjahres abgelieferten Mengen hinaus. Der Zeitraum, während dessen die Lieferungszuschläge bezahlt wurden, reichten aber nicht aus, um bis zum Einsetzen der Kartoffelernte so erhebliche Vorräte anzusammeln, daß sie genügt hätten, die Brotversorgung auf mehrere Monate sicherzustellen. Eine Weiterzahlung der Lieferungszuschläge noch über den 15. Oktober hinaus war andererseits nicht angängig, weil spätestens von diesem Zeitpunkt ab das verfügbare knappe Eisenbahnmaterial in erster Linie für den Kartoffeltransport zur Wintereindeckung der Bedarfskommunalverbände zur Verfügung gestellt werden mußte.

Es konnte jedoch damit gerechnet werden, daß nach Abschluß der Kartoffel- und Rübenernte sowie nach Beendigung der Winterbestellung die Anlieferungen an Getreide gleichwie in den Vorjahren in der zweiten Hälfte des Dezember wieder in verstärktem Maße einsetzen würden. Daß dies nicht der Fall war, hat verschiedene Ursachen. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Druschkohlenbeschaffung verzögerte die außergewöhnlich ungünstige Witterung die Einbringung der Hackfruchternte und die Herbstbestellungsarbeiten in ganz ungewöhnlichem Maße und verhinderte damit den Getreideausdrusch für viel längere Zeit, als in den früheren Jahren. Infolge des vorzeitigen Eintritts und des längeren Andauerns von verhältnismäßig starkem Frost konnten erhebliche Mengen an Kartoffeln und Zuckerrüben nicht rechtzeitig geborgen werden, sondern blieben im Boden.

Die Landwirtschaft benutzte daher natürlicherweise jeden Tag offenen Wetters zu dem Versuch, von den auf dem Felde verbliebenen Kartoffel- und Rübenvorräten noch zu retten, was sie irgend konnte, um diese Mengen wenigstens noch als Viehfutter verwerten zu können.

Ferner ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die wider Erwarten schwachen Ablieferungen auch noch im letzten Drittel des Dezember und bis zum jetzigen Zeitpunkt mindestens teilweise darauf zurückzuführen sind, daß die Landwirtschaft vielfach erst abwarten wollte, welchen Ausgang die Preisbewegung, insbesondere die mit ihr schon seit längerer Zeit geführten Verhandlungen wegen Gewährung besonderer Ablieferungsprämien, haben würden. Wenn die inzwischen erfolgte Einführung solcher Prämien bis heute noch keine sichtbare Einwirkung auf die Gestaltung der Ablieferungen gezeitigt hat, so liegt das daran, daß auf den Erlaß der maßgebenden Verordnung vom 18. Dezember und ihrer Ausführungsbestimmungen unmittelbar Weihnachten und Neujahr folgten, also eine Zeitspanne, in der namentlich in diesem Jahre wenig gearbeitet und gedroschen wurde.

Ob und in welchem Umfange die eingeführten Ablieferungsprämien den auf sie gesetzten Hoffnungen entsprechen werden, das wird sich mit einiger Sicherheit erst nach zwei bis drei Wochen beurteilen lassen; zumal auch sonst die Monate Januar und Februar bis zum Einsetzen der Frühjahrsbestellungsarbeiten regelmäßig die besten Lieferungsmonate gewesen sind.

Es wäre also verfrüht, die augenblickliche Knappheit an Beständen der Reichsgetreidestelle als einen Dauerzustand bezw. als das Ende der geordneten Brotversorgung zu bezeichnen. Eine solche Auffassung erscheint um so weniger gerechtfertigt, als die diesjährige Getreideernte zweifellos nicht ungünstig und jedenfalls besser ausgefallen ist, als die des Vorjahres. Die Reichsgetreidestelle nimmt nach allen ihr vorliegenden Nachrichten an, daß etwa noch die halbe Ernte im Lande ist. Damit würde auch übereinstimmen, daß sie selbst von den von ihr insgesamt zur Lieferung ausgeschriebenen 2,2 Millionen Tonnen an Brotgetreide bisher rund 1,2 Millionen Tonnen erfaßt hat.

Es sind also ohne jeden Zweifel noch erhebliche inländische Getreidevorräte vorhanden, es kommt nur darauf an, sie auch für die öffentliche Hand zu erfassen. Ob die Ablieferungsprämien sich als das richtige Mittel hierzu erweisen werden, müssen die nächsten Wochen lehren. Im schlimmsten Falle müßte eine Wiederheraufsetzung des Ausmahlungssatzes und eine Herabsetzung der Tagesration in Erwägung gezogen werden. Würde z. B. vom 15. Februar ab eine Ausmahlung des Brotgetreides zu wenigstens 94% wieder angeordnet, und die Tageskopfmenge auf 200 Gramm Mehl herabgesetzt werden, so würden durch diese Maßnahmen allein die heimischen Getreidevorräte so gestreckt werden, daß sie etwa 3 Monate länger reichen würden, als bei dem jetzigen Ausmahlungssatz und der gegenwärtigen Ration.

Daneben muß selbstverständlich die rechtzeitige Einfuhr von Auslandsgetreide im Auge behalten werden. Sie schon im Augenblick aber besonders nachdrücklich zu betreiben, würde, abgesehen von den bei dem jetzigen schlechten Valutastand fast unerschwinglichen Preisen, ein Fehler sein, da das Hereinbringen größerer Mengen von teurem Auslandsgetreide zu einer Zeit, wo die einheimische Landwirtschaft noch erhebliche Mengen abgeben kann, sicherlich auf die Ablieferungsfreudigkeit der Landwirtschaft außerordentlich ungünstig einwirken würde. Nach alledem liegt zu einer pessimistischen Auffassung im gegenwärtigen Augenblick kein stichhaltiger Grund vor.

Die Kämpfe in Südrußland.

ABC. Die Lage der südrussischen freiwilligen Armee unter Denikin muß schon seit einiger Zeit als überaus ernst bezeichnet werden. Ein bedeutender Erfolg der roten Armeen nach dem anderen wird gemeldet und, nach den letzten Nachrichten zu schließen, hat sich die Lage Denikins nun zu einer katastrophalen gestaltet.

Die rumänische Telegraphenagentur berichtet nun, daß auch Odessa, die größte russische Hafenstadt am Schwarzen Meere, von den Bolschewisten genommen ist. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Erfolg von Teilen der von Kiew her nach Süden vordringenden Roten Truppen errungen ist, sondern wahrscheinlicher, daß es sich um bolschewistische Banden handelt, die schon seit geraumer Zeit nordwestlich von Odessa erfolgreich operierten. Die Eroberung Odessas ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da die südlich von Kiew stehenden feindlichen Truppen auf diese Weise im Rücken bedroht und vom Meere abgeschnitten sind. Der Zusammenbruch des ganzen linken Flügels kann nur zu leicht die Folge sein. Noch bedeutungsvoller sind die Erfolge der Bolschewisten im Zentrum. Von da wird die Einnahme der Stadt Taganrog am Asowschen Meere und der Städte Rostowa. Don und Nowotscherkassk gemeldet. Damit wäre es den Bolschewisten gelungen, die Front der Freiwilligen Armee vollständig zu durchbrechen und diese in zwei Teile, die keine direkte Verbindung mehr miteinander haben, zu teilen. Das Tempo der bolschewistischen Erfolge an diesem Frontabschnitte beweist, daß die freiwilligen Truppen offenbar keinen ernsthaften Widerstand mehr leisten können und daß die Armee ihrer Auflösung entgegengeht. Auf eine Wendung in der Lage ist in absehbarer Zeit wohl nicht zu rechnen, da Denikin keinerlei nennenswerte Reserven mehr zur Verfügung hat. Gehalten hat sich bisher nur der unter dem General Wrangel kämpfende rechte Flügel. Daß dieser aber imstande ist, die Lage des Zentrums und linken Flügels durch eine energische Offensive zu erleichtern und die drohende Katastrophe abzuwenden, ist angesichts der bedeutenderen Kräfte, über die die Bolschewisten im Süden verfügen, kaum anzunehmen.

Die große Bedeutung der Erfolge der Bolschewisten liegt nicht nur auf strategischem, sondern in hohem Maße auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Durch die letzte Offensive ist ihnen der fruchtbarste Teil Rußlands in die Hände gefallen und, was das Wichtigste ist, — sie haben das größte Kohlen- und Erzgebiet Rußlands, das Donez-Becken, besetzt.

Die Lage im nordschleswigschen Abstimmungsgebiete.

(TU) **Tondern**, 19. Jan. Am Samstag wurde eine von den Mitgliedern der interalliierten Kommission unterzeichnete Proklamation veröffentlicht, die sich an die Bevölkerung in den Abstimmungsgebieten wendet und alle auffordert, sich den Anordnungen während der Besetzungszeit zu fügen und die Arbeiten der Kommission zu unterstützen. Die deutschen Gendarmeriebeamten sind schon aus dem Abstimmungsgebiet abgereist. An ihrer Stelle werden die von der interalliierten Kommission für die Abstimmungszeit angestellten Polizeibeamten ihren Dienst antreten. Die Vorarbeiten für die Abstimmung werden von einer aus Deutschen und Dänen gleichmäßig zusammengesetzten Zentralkommission geleitet.

Regierungsbezirk Düsseldorf im verschärften Belagerungszustand.

(TU) **Münster**, 19. Jan. Zur restlosen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung und zur Sicherung der staatlichen Autorität wurde über den Regierungsbezirk Düsseldorf der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Eil- und Frachtgutverkehr in Dresden gesperrt.

(TU) **Dresden**, 19. Jan. Infolge des Ausstandes der Arbeiter auf den Güterbahnhöfen wurde der gesamte Eil- und Frachtgutverkehr gesperrt. Befördert werden nur Lebensmittelsendungen.

Hochwasser östlich der Elbe.

(TU) **Magdeburg**, 19. Jan. Für die östlich der Elbe gelegenen Dörfer besteht Hochwassergefahr. Für die nächsten Tage ist hier in Magdeburg ein Pegelstand von 5,45 Meter zu erwarten, 10 Zentimeter höher als in Magdeburg jemals zur Feststellung gekommen sind. Die Schiffahrt ist stark behindert.

*

— **(Die demokratische Partei gegen die Auslieferung.)** Der Gesamtvorstand der Deutschen demokratischen Partei in Magdeburg hat eine Entschließung gegen die verlangte Auslieferung Deutscher an unsere Feinde gefaßt. Es wird mit allem Nachdruck das Ausscheiden der Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei aus der Regierung verlangt, sobald diese sich entschließen solle, moralisch oder durch Mittel der Gewalt die Auslieferung zu vollziehen.

— **Ein Millionenbetrugsprozeß ohne gleichen** spielt in diesen Tagen vor dem Landgericht Berlin I. Angeklagt ist 1. die Gattin des Kammergerichtsrats a. D. Geh. Justizrats Dr. Lepa, 2. die Geschäftsvermittlerin Gertr. Gebhardt, 3. die Stütze Erna Kleist, 4. die Kontoristin Erna Reinhardt, 5. Bücherrevisor Georg Gebhardt und 6. Gutsbesitzer und Kaufmann Frhr. Rieder v. Riedenau. Es handelt sich in diesem „Fall Lepa" um Riesenschwindeleien mit Heereslieferungen, die die der „berühmten" Frau Kupfer noch weit übertreffen. Frau Lepa hat den ihr vertrauenden, teilweise sehr geschäftskundigen Personen, nachdem sie sie anfänglich durch Auszahlung von Gewinnen sicher gemacht hatte, riesige Summen abgenommen. Zu dem Prozeß sind nicht weniger als 6 ärztliche Sachverständige geladen, mit Ausnahme der Sachverständigen der Verteidigung. Zur ersten Verhandlung am Montag erschien Frau Lepa nicht, da sie angeblich schwer krank war. Daraufhin wurde Medizinalrat Dr. Störmer und Dr. Riemer beauftragt, Frau Lepas Verhandlungsfähigkeit festzustellen. Diese Aerzte stellten dann fest, daß der Schwächezustand der Angeklagten künstlich herbeigeführt worden sei durch heimliche Zufuhr von narkotischen Mitteln. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde beschlossen, die Angeklagte zu verhaften, da sie sich dem Gericht mit Absicht entzöge. Es muß verhindert werden, daß sie die Möglichkeit hat, sich künstlich verhandlungsunfähig zu machen. Der Prozeß wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

*

Kleine Nachrichten.

Die Reichsregierung hat dem Reichskommissar von Stark auf Antrag 10000 Mark zur Unterstützung der durch Hochwasser geschädigten Bevölkerung des besetzten rheinischen Gebietes zur Verfügung gestellt.

Die Reisstelle Köln für Kriegsgefangenenrückkehr teilt mit: Gestern abend begann die Abfahrt der deutschen Leerzüge zur Einholung unserer Kriegsgefangenen aus Frankreich. Das Eintreffen der ersten Züge wird sofort bekannt gegeben.

Vier deutsche Dampfer erhielten den Auslaufbefehl nach französischen Häfen, um den Abtransport der Gefangenen in Frankreich auf dem Seewege zu übernehmen.

In den Abschieds- und Trauerrufen, welche die Saarzeitungen zum Ausdruck bringen, wird hervorgehoben, der Völkerbund werde hoffentlich das halten, was er versprochen. Das Saarland werde des Mutterlandes stets eingedenk sein bis zur Entscheidung in 15 Jahren.

Wie der Berl. Lok.-Anz. aus München erfährt, ist der Staatsvertrag über den Anschluß Koburgs an Bayern perfekt.

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 6. bis 12. Januar 1920.

Die Schwierigkeiten in der Brotversorgung, wie sie von der Berliner Kommunalverwaltung als bevorstehend behauptet, von der Regierung abgestritten worden, würden, wenn sie auf Tatsachen beruhen, in der Hauptsache mit unseren Kohlenverhältnissen zusammenhängen. Die erhebliche Reduzierung des Mehlbestandes ist zum Teil dadurch entstanden, daß manche Großmühlen infolge der ungenügenden Belieferung mit Kohlen zeitweise zum Stillstand gekommen waren. Die Knappheit der Getreideablieferungen im Dezember war erklärlich, denn Verhandlungen über die neuen Prämienzahlungen schwebten. Wenn diese auch für frühe oder späte Lieferung keinen Unterschied machen, so bringen Januar und Februar als Haupt-Ausdruschmonate doch gewöhnlich eine nicht unbeträchtliche Zunahme der Ablieferungen. An der weitergegangenen Preissteigerung der im freien Verkehr befindlichen Bodenerzeugnisse war die erhöhte Umsatzsteuer nicht ganz ohne Einfluß. Aber auch der bevorstehende Verlust der nach der Friedensratifikation abzutretenden Distrikte als Bezugsgebiete trug mit zu der Festigkeit des Produktenmarktes bei. Für Hafer waren es wieder ansehnliche Käufe der Kommunen und Nährmittelfabriken, die im Wettbewerb mit dem Futterbedarf das vorhandene Angebot weit überstiegen und die Preise aufs neue steigerten. Hülsenfrüchte wurden in guten Qualitäten wieder mehr begehrt, Lupinen in gelben Sorten meist zur Saat, in blauen teilweise zur Kaffee-Ersatzfabrikation, besser gefragt. Für Serradella ist eine beträchtliche Erholung des vorhergegangenen Preisverlustes eingetreten, weil die erwarteten polnischen Verkäufe nicht perfekt wurden. Die gewaltige Nachfrage für Stroh, zum Teil für süddeutsche Papierfabriken, und für Heu hielt an, sodaß bei nicht genügendem Angebot die Preise für Rauhfutter weiter in die Höhe gingen.

Milchpreiserhöhung.

Die Milchanlieferung in die Industrie- und Großstädte ist seit Wintersanfang in bedrohlicher Weise zurückgegangen. Vielfach ist es kaum möglich, den Kindern und Säuglingen die erforderliche Milch zu geben. Der trockene Sommer, das frühe Einsetzen des Winters und die damit verbundene Beendigung des Weideganges haben zu einer großen Futtermittelknappheit geführt. Die geltenden Milchpreise waren vor allem mit Rücksicht auf die Wünsche der Verbraucher verhältnismäßig bescheiden festgesetzt worden, während andererseits die Ausgaben der Landwirte und Molkereien für Kohlen, Futtermittel, Löhne und Anfuhrkosten dauernd bis in die letzte Zeit hinein gestiegen sind. Es ist daher auffallenderweise in den letzten Wochen gerade von Vertretern der Bedarfsgemeinden die Heraufsetzung der Milchpreise verlangt worden. Diesem Verlangen sind die Behörden näher getreten in der Hoffnung, dadurch eine reichlichere Milcherzeugung und bessere Ablieferung zu ermöglichen und in der festen Absicht, eine bessere Erfassung der erzeugten Milch durchzuführen. Vertreter der hauptsächlichsten Bedarfsgemeinden, der Molkereien und Landwirte sind in verschiedenen Versammlungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Milchpreis von 80 Pfennig ab Stall das Mindeste ist, was dem Landwirt bewilligt werden müsse, um ihn vor direkten Schaden bei der Milcherzeugung zu bewahren. Dieser Satz wurde auch in einer vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen einberufenen und aus Vertretern der Verbraucher, Landwirte, Molkereien und Behörden zusammengesetzten Konferenz als angemessen anerkannt, sodaß mit einer entsprechenden Festsetzung des Erzeugerpreises für Milch bereits in den nächsten Tagen zu rechnen ist. In den Verhandlungen wurde wiederholt betont, daß diese Heraufsetzung im Interesse der Verbraucher selbst erforderlich sei, da andernfalls kein Zwang den Landwirt hindern könne, sein Milchvieh bei ungenügender Milchpreisfestsetzung lediglich mit Stroh so billig wie möglich am Leben zu erhalten und durch diese ungenügende Fütterung das Gesamtaufkommen der Milch zu beeinträchtigen. Auch wurde von den Verbrauchern und seitens der Behörden betont, daß bei einer ausreichenden Preisfestsetzung energischer gegen säumige Landwirte vorgegangen werden könne. Im übrigen wird der Preis der Magermilch mit 40 Pfg. ab Verladestelle festgesetzt werden. Die Gebühren für die Anfuhr zur Molkerei und von der Molkerei zur Verladestelle sowie für die molkereimäßige Behandlung werden 18 Pfg. pro Liter betragen und der Butterpreis sich auf 7,50 Mark das Pfund Molkereibutter und auf 6,50 Mark das Pfund Bauernbutter stellen.

Eine Neuerung ist insofern vorgesehen, als der Landwirt bei einer Magermilchrücklieferung von 20% der ausgelieferten Vollmilch 30 Pfg. je Liter, bei einer Rücklieferung von mehr wie 20% 35 Pfg. je Liter bezahlen muß. Durch diese Preiserhöhung der an den Landwirt zurückgelieferten Magermilch soll erreicht werden, daß der Landwirt nur die für die Kälberaufzucht und damit für die Erhaltung unseres Rindviehbestandes unbedingt erforderlichen Magermilch von der Molkerei zurückverlangt.

Vereinsnachrichten.

Breiten, 19. Januar. Der Turn-Verein „Deutsche Treue"-Breiten beschloß in der letzten Versammlung, am 7. März ein Winterkränzchen, bestehend in Theater und Ball, zu veranstalten. Zur Aufführung gelangen folgende Stücke: 1. „Der Bucklige oder die Macht der Arbeit", Schauspiel in 4 Akten; 2. „Der Hamster-Jäger", Humoreske. Die Pausen werden durch Duetts ausgefüllt. Da die Theaterstücke vielversprechend sind und die Rollen sich in guten Händen befinden, kann den Bewohnern von Breiten und Umgegend nur Gutes versprochen werden. Näheres durch Inserat dieser Zeitung.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Mittwoch, 21. Januar, abends 8 Uhr: Bibelabend, im Saale an der Lutherkirche, Pastor Gieseking.

Redaktions-Briefkasten.

H. 100, Kamen. Wußte die Herrschaft, daß sich in dem Zimmer des Mädchens Mäuse aufhielten und hat sie nichts getan, um diese zu beseitigen oder doch dem Mädchen einen Schrank zur Verfügung gestellt, in den die Mäuse nicht gelangen konnten, so würde die Herrschaft für den Mäuseschaden haftpflichtig sein. Es kommt also darauf an, ob ein Verschulden vorliegt.

G. T., Kamen. Wenn Sie und Ihre Geschwister durch jene Schenkung in Ihrem Pflichtteil benachteiligt sind, können Sie von Ihrem Bruder Ergänzung bis zur Höhe des Pflichtteils verlangen. Der Pflichtteil ist die Hälfte des gesetzlichen Erbteils.

J. D. in Kamen. Es werden Ihnen 4 Zimmer belassen, die übrigen Zimmer können beschlagnahmt werden.

Nr. 1, Kaiserau. Das Eigentum Ihrer Frau kann für Ihre Schulden nicht gepfändet werden. Sollte es aber doch zu einer Pfändung kommen, so muß Ihre Frau den Gläubiger auffordern, die gepfändeten Sachen freizugeben und klagbar gegen ihn vorgehen, wenn er sich dessen weigert.

Wwe. B., Weddinghofen. Haben Sie das Besitztum bei Ihrer Verheiratung mit in die Ehe gebracht, so können Sie nach freiem Ermessen darüber verfügen; Ihre Kinder können erst nach Ihrem Tode Erbansprüche stellen. Handelt es sich aber um Vatersgut, so würden wenn die Ehe nach 1900 geschlossen ist, die Kinder Ansprüche erheben können und, wenn nicht durch Testament abweichende Bestimmungen getroffen sind, den Kindern 3/4 zufallen. Ihnen nur 1/4. Ohne Genehmigung der Kinder können Sie auch in diesem Falle das Grundstück nicht verkaufen.

Statt Karten!

Ernst Menne
Hedwig Menne
geb. Wloch

zeigen ihre **Vermählung** an.

Kamen, den 20. Januar 1920.

241

Bestellungen auf:
Rottlee, Weißklee, Schwedenklee, Gelbklee,
usw., sowie auf
Grassämereien
nehme bis zum 1. Februar schon jetzt entgegen.
Wilhelm Blankenstein 242
Kamen, Telephon 153.

Ziehung 16.—18. Februar.
Genesungsheim Geld-Lotterie
11586 Gewinne
bar ohne Abzug Mk.
375.000
Hauptgewinne:
100.000
50.000
Lose a Mk. 3.30.
Porto und Liste 40 Pfg. extra, versenden auch unt. Nachn.
Björnstil & Bansa,
Hamburg 25. 243

Bettstelle
mit Matratze
gut erhalten und
Lehnbank
zu verkaufen. 203
Nordenmauer 48.

Elektr. Beleuchtung
Zwei prachtvolle
Messingkronleuchter
5 und 6 armig, preiswert zu verkaufen. 246
Anfragen unter. **Y 246** befördert die Geschst. d. Ztg.

Bargeld
erhalten rechtschaffene Leute schnell u. diskret vom Selbstgeber durch **Anton Debie Heeren** bei Kamen, Reinhardstr. 10. Sprechzeit von 3—6. Nicht mit anderen Firmen zu verwechseln. 218

Wir suchen verkäufliche
Häuser
mit und ohne Geschäft, **Villen, Höfe, Fabriken und Landstellen** an allen Orten zwecks Unterbreitung an vorgemerkte Käufer. Besichtig. **kostenlos. C. H. Hülße & Co., Hannover.** 222
(Porto für Zusendung erbeten)

Ladenlokal
per 1. Febr. od. später zu vermieten. 224
Näheres
Weststr. 4.

Existenz 232
biet. sich strebsamer Person durch Uebernahme unserer Vertretung. (Vorz. Artikel). Off. mit Retourmarke an J. O. Westhoff, Buer i. W.

Ordentliches
Mädchen
16—18 Jahren für leichte Hausarbeit per sofort oder 1. Februar gesucht. 205
Kaiserau bei Kurl, Wasserkurlerstraße 6.

Mädchen
gesucht.
Zum 1. Februar wird junges Mädchen in kleinem bürgerlichem Haushalt, 3 Personen, nach Bonn a. R. ges. Freundl. Behandlung, reichliche Verpflegung, gut. Lohn. Fahrgeld wird vergütet. Das letzte Mädchen muß wegen Krankheit seiner Mutter nach Hause, es war 2½ Jahre bei uns. Angebote unter **A. Z. 10** an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 230

Suche Stellung
als Stütze, am liebsten im Restaurant und zum Bedienen der Gäste.
Lini Freise,
248 **Bergkamen,**
Landwehrstraße 237.

Jg. Verkäuferin
sucht Stelle in Lebensmittelbranche bei freier Station.
H. Rudolf,
Bergkamen, Russelstr. 14.

Mehrere eiserne
Stallfenster u. Dünger
zu verkaufen. 245
Weststr. 55.

Die Aussage, die ich gegen Robert u. Eduard Klapper Bergkamen gemacht habe, nehme ich hierdurch zurück.
Ernst Stahlhut, Bergkamen. 235

Bekanntmachung.

Auf Grund des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 ist eine Pferdemusterung zwecks Auswahl der an die Entente abzugebenden Pferde angeordnet worden. Der Vorführung unterliegen:

1. alle Hengste, die 2½ Jahre und älter sind,
2. alle Stuten und Stutfüllen, die 1918 und früher geboren sind, ohne Rücksicht auf ihre Rassenangehörigkeit.

Wer es unterläßt, in seinem Besitze befindliche Pferde der Kommission vorzuführen, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 200 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Gemusterte Pferde werden hierdurch bis auf weiteres für den Kommunalverband beschlagnahmt. Orts- und Besitzwechsel sind nur mit meiner Genehmigung statthaft.

Bis zur Abnahme sind die Besitzer verpflichtet, die Pferde in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten und pfleglich zu behandeln. Wer dieses unterläßt, hat die vorerwähnten Strafen zu gewärtigen. Die Vormusterung findet wie folgt statt:

Tag	Tageszeit	Ort der Musterung	Dazu sind vorzuführen die Pferde aus den Gemeinden
Mittwoch, 21. Januar 1920	8 Uhr vorm.	Lünern Kreisstraße am Bahnhof	Lünern
	10 Uhr vorm.	dto.	Stockum
	11 Uhr vorm.	dto.	Mühlhausen-Uelzen
	2 Uhr nachm.	Heeren-Werwe am Bahnhof	Heeren-Werwe

Hamm (Westf.), den 13. Januar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Schulze-Pelkum.

Preiseinigung!

Den Bewohnern von Oberaden zur Kenntnis sind die Preise folgende

Für 1 Kasten Kohlen:

Viktoria	10 Mk.
Preußen	8 Mk.
Grimmberg	8 Mk.
Monopol	8 Mk.
Waltrop	12 Mk.
Preußen I	12 Mk.

Sonstige Fuhren pro Stunde und Pferd 5 Mark.

Luxusfahrten werden extra berechnet. 238

Gesamtliche Fuhrwerksbesitzer von Oberaden.

Damen und Herren

aus achtbaren Familien, die Lust zur Bühne und Stimme haben, zur Ausbildung **sofort gesucht.** Vergütung wird gezahlt. 240

Stadttheater Unna.

Für unsere Buchdruckerei suchen wir zu Ostern einen

Lehrling.

Kamener Zeitung G. m. b. H.

(Meldungen: **Unnaerstr. 163.**)

Habe laufend
Nordhäuser Kautabak 185
Rolle 1,50 Mk.
Wiederverkäufer billiger.
H. Timmering.

Neuer moderner
Fuchspelzkragen,
schwarzer, wenig getrag.
Damensammethut
und moderne, gestreifte
Seidenbluse
umständeh. zu verkaufen.
Von wem, sagt die Geschst. d. Ztg. 237

Bekanntmachung.

Die Heberolle über die von Unternehmern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe für das Jahr 1919 an die **Westfälische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft** zu zahlenden Beiträge liegt vom 20. Januar 1920 ab zwei Wochen lang auf Zimmer 7 des Rathauses (Eingang Kirchstraße) zur Einsicht für die Beteiligten aus. 239

Etwaige Einsprüche gegen die Beitragsberechnung sind — unbeschadet der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung — binnen einer weiteren Frist von 2 Wochen bei dem Sektionsvorstande der Westfälischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Hamm anzubringen.

Kamen, den 16. Januar 1920.

Der Bürgermeister: Dr. Wiesner.

Kamener Lichtspiele

Westtor. 20. **Westtor. 20.**

Spielplan vom 20.—23. Januar:

1.

Laster

Soziales Drama in einem Vorspiel u. 3 Akten.
Voll spannender, wuchtiger Momente.

2.

Die goldene Lüge

Schauspiel in 5 Aufzügen mit Bruno Kastner in der Hauptrolle.
In diesem Film zeigt uns Bruno Kastner sein ganzes Können, und wird „Die goldene Lüge" unstreitig ein Ereignis für Kamen sein.

3. 244

Fräulein Taugenichts

3 Akte. 3 Akte.
Lustspiel voll sprühendem Humor.

Sitzung des Wirtschaftsausschusses
nicht am Mittwoch, sondern am **Freitag, den 23. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr,**
bei Bergheim. 116

Ich warne Gebisse 231

künstliche alte und zerbrochene zu Hause liegen zu lassen, da solche zu nie dagewesenen Preisen ankaufe. Zahle pro Gebiß bis 300 Mk., pro Zahn 3, 4, 5 Mk. und mehr. Platin und Brennstifte pro Gramm 70 bis 90 Mk. Ankauf nur Mittwoch, den 21. Januar in Kamen im Hotel Biermann von vormittags 10—6 Uhr nachmittags.

Felke-Heilweise

Naturheilkunde und Homöopathie.
Sprechstunden in Kamen
Rest. „Zum Amtsgericht", Bahnhofstraße,
jeden Montag u. Donnerstag von 9—12 u. 2—5 Uhr
34 **W. Schürmann.**

Bekanntmachung.

Anmeldung offener Lehr- und Arbeitsstellen.

Auf Grund des Ministerial-Erlasses vom 18. März 1919 haben die städtischen Behörden ein Berufsamt errichtet, damit eine planmäßige Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung einsetzen kann. Diese Aufgabe ist nur zu lösen, wenn den Knaben und Mädchen geeignete Lehr- und Arbeitsstellen nachgewiesen werden können.

Wir richten daher an die Herren Gewerbetreibenden und Kaufleute die dringende Bitte, alle Lehrstellen, die zu Ostern zu besetzen sind, dem Berufsamte mitzuteilen.

Die Anmeldung kann schriftlich, mündlich oder auch durch Fernsprecher erfolgen.

Kamen, den 16. Januar 1920.

Berufsamt der Stadt Kamen,
im Rathause, Zimmer 12, Fernsprecher 67, 68 und 69. 228

Dr. Wiesner, Vorsitzender.